

# Haushaltsplan-Entwurf 2011 - 2015

Einbringung in den Rat  
am 23.09.2010



symbolischer 500 €- Schein

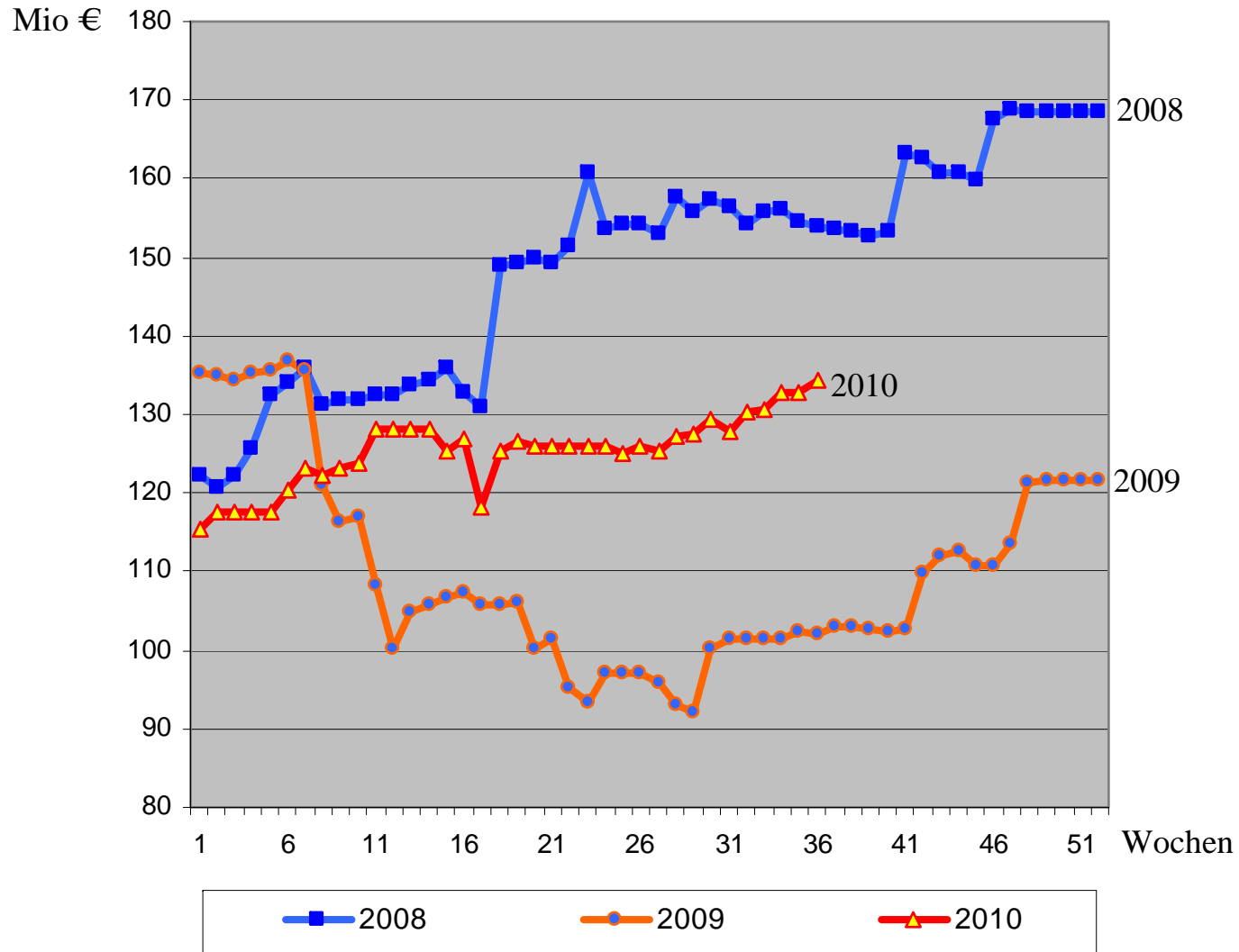
übergeben anlässlich des heutigen Gesprächs des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ mit Frau Ministerpräsidentin Kraft und Herrn Innenminister Jäger in Düsseldorf

# veränderte Rahmenbedingungen

- kommunalfreundliche Verbesserungen durch Landesregierung
  - Grunderwerbsteuer ins Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)
  - Vorwegabzüge/Entfrachtungen im GFG
  - Konzept für Entschuldung und Haushaltsausgleich
  - Entschärfung des § 107 Gemeindefinanzierungsrecht
- Erlass des Innenministers vom 06.03.2009 auf dem Prüfstand
  - Vermögensveräußerungserlöse
  - Kreditdeckel mit 2/3 der Tilgung
- Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene
  - Sozillasten/Bundesanteil an Kosten der Unterkunft (KdU) und Eingliederungshilfen in der Pflege
  - Abschaffung der Gewerbesteuer ?
- positive konjunkturelle Entwicklung  
( = Bestätigung der Mai-Steuerschätzung)

# Bochumer Gewerbesteuer 2008 – 2010

(im Jahresverlauf; Mio €)

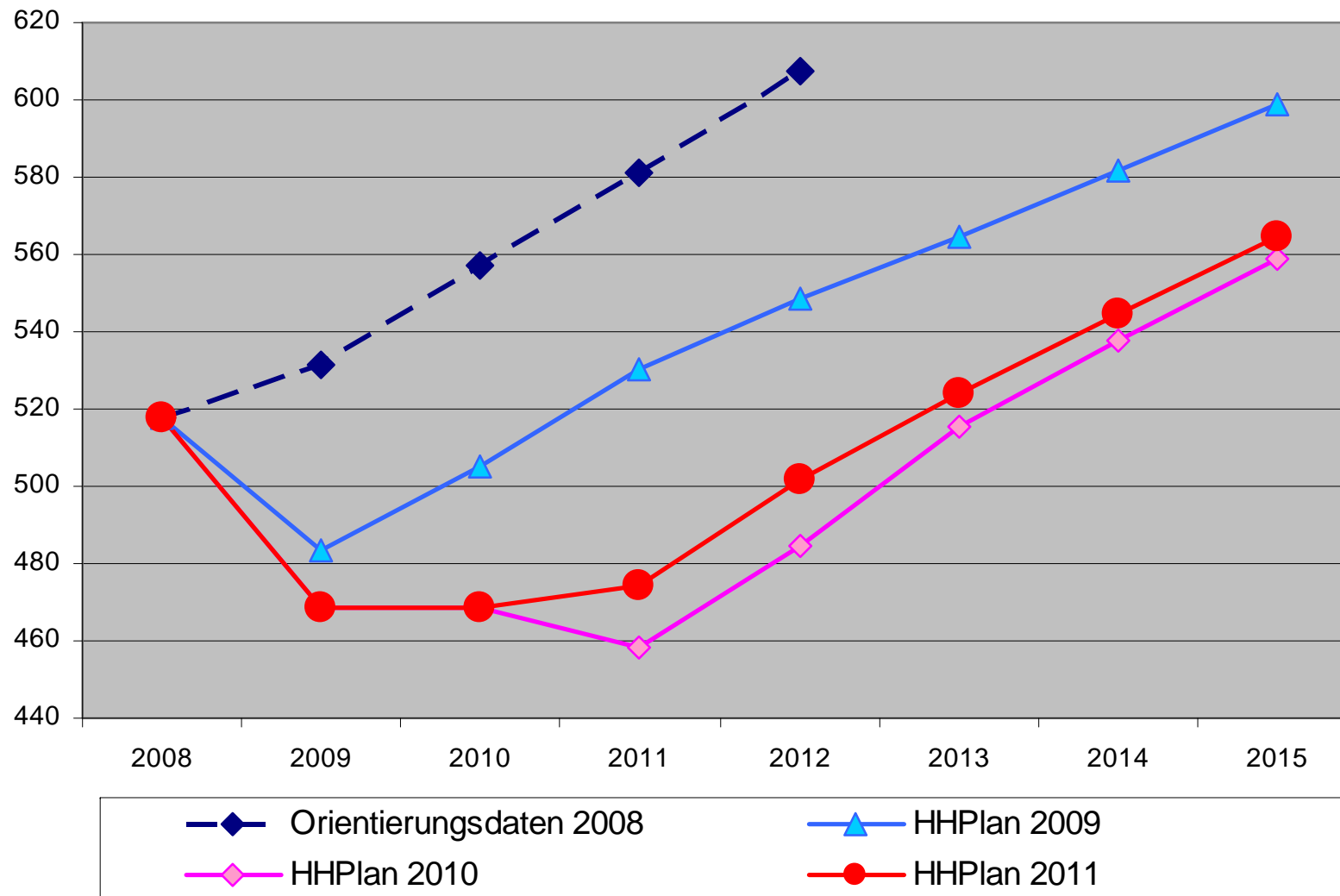


## Bochumer Steuereinnahmen 2008-2015 (Mio €)

	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Grundsteuer A + B	64,2	63,2	68,3	68,3	75,6	76,3	77,1	77,9
Gewerbsteuer	166,4	121,5	119,3	128,4	143,9	154,6	164,4	173,6
Einkommensteueranteil	130,0	124,1	102,3	108,7	115,0	121,6	127,2	133,0
Umsatzsteueranteil	18,0	17,4	17,5	17,9	18,3	18,8	19,3	19,9
Schlüsselzuweisungen	191,6	192,5	214,8	206,3	210,4	214,6	218,9	223,3
Familienlastenausgleich	11,5	13,0	14,6	13,3	13,9	14,2	14,6	15,0

- Mehr als die Hälfte der kommunalen Steuerausfälle nach 2008 sind verursacht durch Änderungen in der Bundes-Steuergesetzgebung.
- Erst im Jahre 2013 übertrifft Bochum das Einnahme-Niveau von 2008.
- Die Gewerbesteuer übersteigt erst in 2015 das Niveau von 2007/2008.
- Der Einkommensteueranteil liegt bis 2014 unter dem Ist 2008.
- Lediglich die Schlüsselzuweisungen entwickeln sich dynamisch (insbesondere Umsatzsteuer-Entwicklung und kommunalfreundliche Verbesserungen durch Landesregierung).

# Steuereinnahmen im Vergleich (Mio €)



# HSK 2011 – einige neue Maßnahmen

(Konsolidierungsbeiträge im HSK-Zieljahr 2015)

- Geschwindigkeitsüberwachung A 40/A 43 0,9 Mio €
- Verlagerung von Musikunterricht zu Jeki 0,3 Mio €
- Transferaufwendungen Gesundheitswesen 0,1 Mio €
- Weitere Minderung der Grünpflegestandards 0,4 Mio €
- Reduzierung Ausbildungskosten 0,2 Mio €
- Optimierung Parkraumbewirtschaftung 0,2 Mio €
  
- Grundsteuer ab 2012 3,3 Mio €
- Ausschüttung Sparkasse ab 2014 1,7 Mio €
- Verbesserung Stadtwerke ab 2015 3,0 Mio €
- Winterdienstgebühr/Stadtanteil Straßenreinigung 1,6 Mio €
- Bettensteuer 1,1 Mio €
- u.v.a.

# HSK 2011 – dezernatsübergreifende Projekte \*

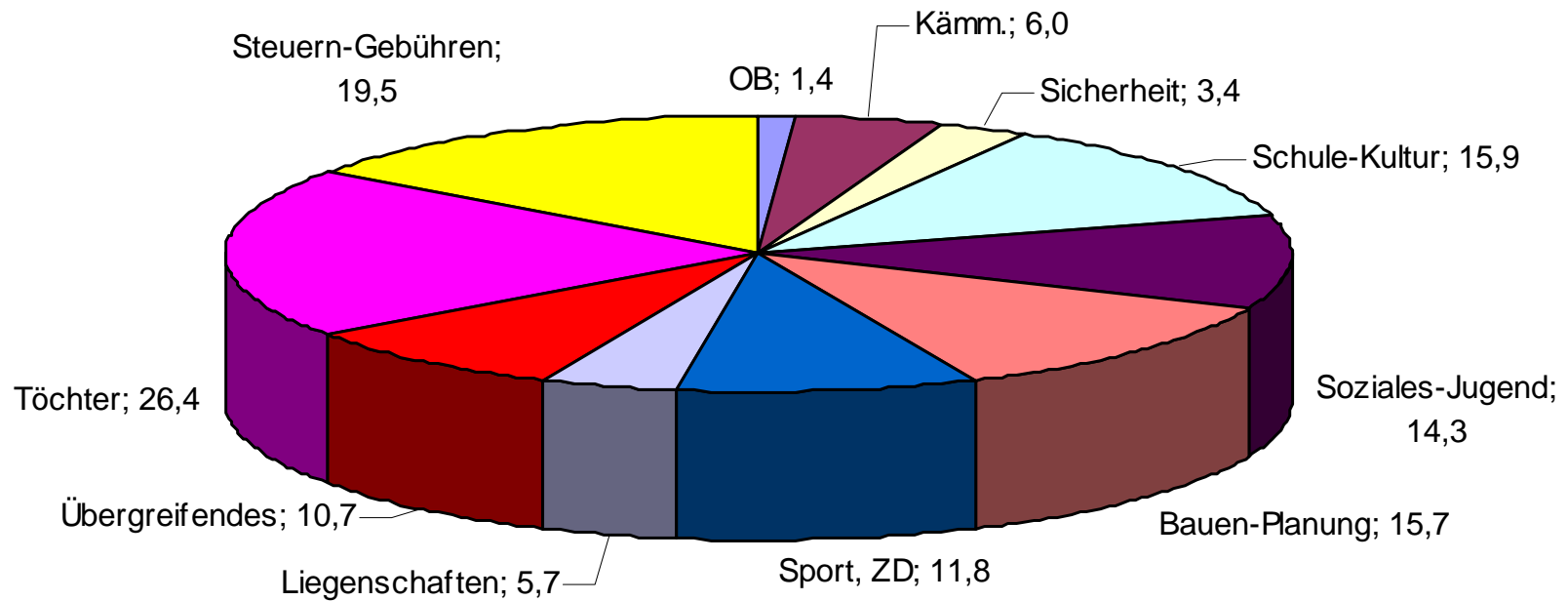
(Konsolidierungsbeiträge im HSK-Zieljahr 2015)

• Synergien im Konzern	5,0 Mio €
• Entbürokratisierung	1,8 Mio €
• Optimierung Immobilienwirtschaft	1,4 Mio €
Grundstücks- und Schulverkäufe (Zinsentlastung aus 30 Mio € Verkaufserlösen)	1,4 Mio €
• interkommunale Kooperation	1,1 Mio €
 Summe	 10,7 Mio €

\* Diese Entlastungen sind zwar bereits ins HSK und den Haushaltsentwurf eingearbeitet, befinden sich aber noch in der Erarbeitung.

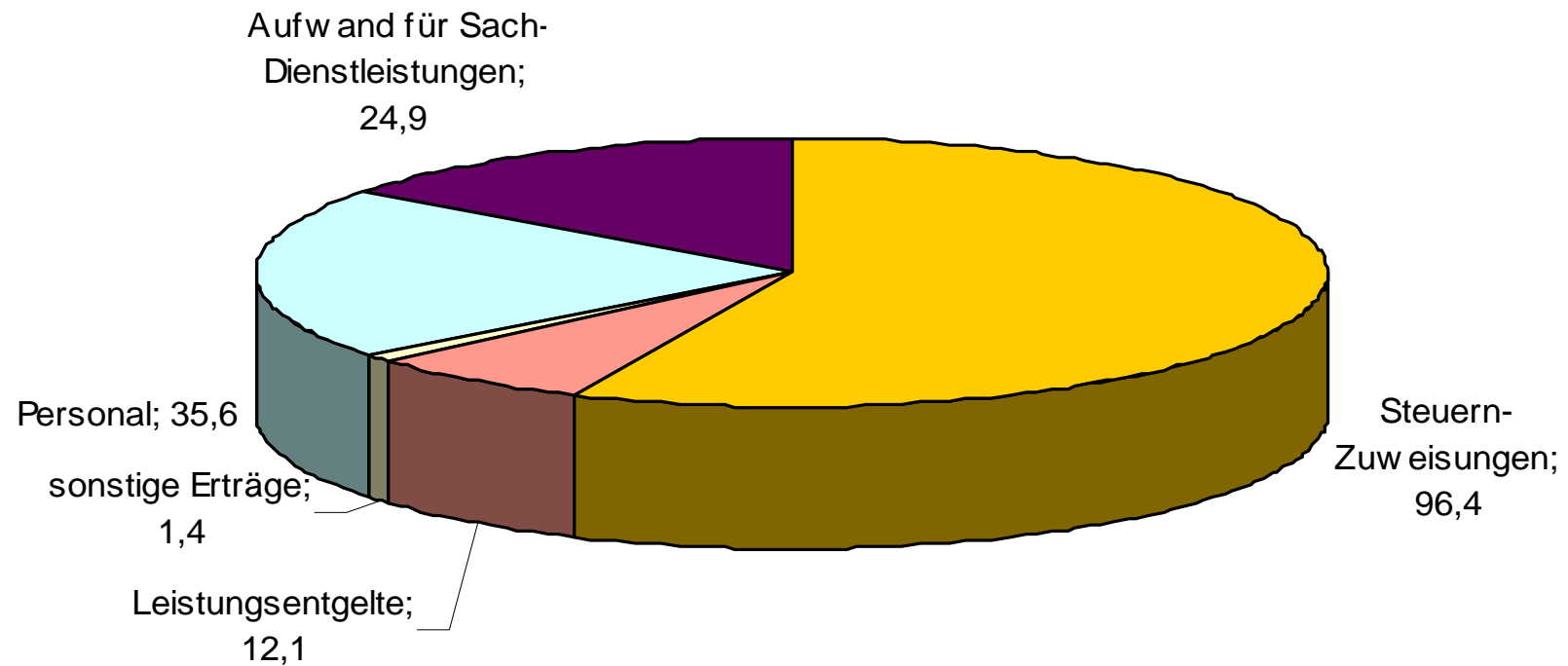
# Konsolidierungsbeiträge 2015

(nach Dezernaten u.a.; Summe 130,9 Mio € im HSK-Zieljahr 2015)



# Konsolidierungsbeiträge 2015

(nach wichtigen Aufwands-/Ertragsarten, Verbesserung in Mio € gegenüber 2010)



## Defizite im Ergebnisplan 2010 – 2015 (Mio €)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Summe der Erträge	-939,1	-951,0	-983,9	-1.010,9	-1.032,4	-1.055,2
Summe der Aufwendungen	1.108,2	1.118,2	1.109,3	1.103,2	1.096,6	1.084,2
Defizite des Ergebnisplans	169,1	167,2	125,4	92,3	64,1	29,0

- Ab 2012 sinkt die Summe der Aufwendungen aufgrund der Umsetzung des HSK 2011.
- Für die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2011 müsste im Zieljahr 2015 der originäre Ausgleich gelingen (Erträge  $\geq$  Aufwendungen); das Defizit in 2015 in Höhe von 29,0 Mio € zeigt, dass der Haushalt 2011 nicht genehmigungsfähig ist.
- Das verbleibende Defizit entspricht den in den letzten 9 Monaten erfolgten Mehrbelastungen von Bund und Land.

# Mehrbelastungen durch Bund und Land

(im HSK-Zieljahr 2015; neue Belastungen **nach** dem 17.12.2009)

• Wachstumsbeschleunigungsgesetz (Bund)	11,0 Mio €
• Kosten der Unterkunft (Bundesbeteiligung)	3,0 Mio €
• elektronischer Personalausweis (Bund)	0,6 Mio €
• Einheitslasten-Abrechnungsgesetz (Land)	5,0 Mio €
• Wohnflächenobergrenzen-Erhöhung im SGB II und XII (Land)	2,8 Mio €
• prozentuale Steigerung im KiBiz (Land)	4,1 Mio €
• Ausbau U 3 – Betreuung (Bund und Land)	4,2 Mio €
• u.a.	
Summe über	30 Mio €

# vorläufige Ergebniszahlen für 2009

- vorläufiges Defizit der Ergebnisrechnung 2009: 167,1 Mio €
- Primäraufwendungen (insbesondere Personal- und Sachaufwand) erfasst und gebucht; hierdurch ist Vergleichbarkeit gegeben
- Höhe der Abschreibungen wie im Plan  
(vorläufige Berechnung)
- Jahresabschlussbuchungen noch nicht vollständig  
(Veränderungen in beide Richtungen noch möglich)
  
- aufgrund der bekannten Umstellungsprobleme:  
Köln, Wuppertal, Hagen u.a. (Umstellung zum 01.01.2008) haben noch keinen testierten Jahresabschluss 2008  
Mönchengladbach, Bielefeld, Herne u.a. (Umstellung zum 01.01.2009) haben noch keinen Jahresabschluss 2009 vorgelegt  
Bielefeld zeigt keine Ergebniszahlen 2009 im Haushalt 2011

# Defizite 2011 im Städtevergleich

- Düsseldorf 220 €Einwohner
- Münster 259 €Einwohner
- Bonn 283 €Einwohner
- Dortmund 315 €Einwohner
- Köln 352 €Einwohner
- **Bochum 440 €Einwohner**
- Duisburg 475 €Einwohner
- Mülheim 483 €Einwohner
- Gelsenkirchen 488 €Einwohner
- Essen 528 €Einwohner
- Bielefeld 551 €Einwohner
- Wuppertal 656 €Einwohner
- Mönchengladbach 660 €Einwohner
- Hagen 847 €Einwohner

Fazit: Bochum liegt im oberen Mittelfeld der NRW-Städte

## Eigenkapital-Entwicklung 2009 – 2015 (Mio €)

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Stand Dez09	1396,3	1216,3	1056,4	931,6	846,3	787,9	755,3	755,3
Stand Sep10	1396,3	1229,2	1060,1	892,9	767,6	675,2	611,1	582,1

- Wenn nicht weiter gegengesteuert wird, würde sich das städtische Eigenkapital bis 2015 von rd. 1,4 Mrd € auf rd. 0,58 Mrd € reduzieren.
- Die Verschlechterung gegenüber dem Dezember 2009 (inkl. HSK 2009) erklärt sich maßgeblich durch neue Konnexitäts-Verletzungen.
- Der Zustand der „drohenden Überschuldung im Finanzplanungszeitraum“ mit entsprechenden verschärften Restriktionen lt. Erlass des Innenministers v. 06.03.2009 wird mittelfristig vermieden.
- Etliche andere NRW-Städte sind bereits überschuldet oder in der Gefahr, in den nächsten 2 – 5 Jahren in die Überschuldung zu geraten (Oberhausen, Duisburg, Hagen, Essen, Wuppertal, Remscheid, Solingen u.a.)

# Berechnung des Kreditdeckels zur Finanzierung der Prioritätenliste 2011

• Tilgung 2011 37,2 Mio € davon zwei Drittel	24,8 Mio €
• abzgl. anzurechnende Kreditaufnahme APH	- 2,0 Mio €
• abzgl. anteilige Anrechnung Gesundheitscampus	- 3,0 Mio €
• ergibt Kreditlinie für unrentierliche Maßnahmen von	19,8 Mio €
• zzgl. Kredite für rentierliche Maßnahmen	18,6 Mio €
• ergibt Gesamt-Kreditaufnahme 2011 von	<b>38,4 Mio €</b>
• Nettoneuverschuldung 2011	1,2 Mio €
• Gesamt-Kreditaufnahme 2010	34,1 Mio €
• Tilgung 2010	35,3 Mio €
• Entschuldung 2010	- 1,2 Mio €

# investive Schwerpunkte 2011

(Netto-Belastung, unrentierliche Maßnahmen, Prioritätenliste 2011)

- Kauf von Fahrzeugen für die Feuerwehr 1,3 Mio €
- Neubau Gerätehäuser für Feuerwehr 1,2 Mio €
- Fertigstellung Hauptschule Wattenscheid 1,5 Mio €
- Marienkirche 0,9 Mio €
- Neubau Kitas Griesenbruchstr./Zillertalstr. 1,2 Mio €
- Neubau Baubetriebshof 4,2 Mio €
- Stadtumbau Westend/Innere Hustadt/Innenstadt West 0,9 Mio €
- Ortsumgehung Günnigfeld 1,2 Mio €
- Oviedoring 1,4 Mio €
- Westkreuz 1,1 Mio €
- Erwerb von Grundvermögen 3,7 Mio €
- Gleisanlage Mansfeld (Vollsanierung) 1,0 Mio €
- Erschließung City-Tor Süd 1,0 Mio €
- Lichtenanlage Schauspielhaus (letzter Teil) 0,9 Mio €

# Prioritätenliste und Veräußerungserlöse

(IM-Erlass v. 06.03.2009, S. 44)

- Regelung bremst ökonomisch sinnvolle Grundstücksverkäufe
- Regelung bürokratisiert und verkompliziert das Planungsverfahren
- Regelung verhindert Planungssicherheit  
(auch wenn Erlöse nicht von vornherein eingeplant würden)
  
- Prioritätenliste 2010: 2,8 Mio € von 4,25 Mio €
- Prioritätenliste 2011: 6,7 Mio € sind eingeplant  
(Entscheidung der Kommunalaufsicht erfolgt letztlich  
in Würdigung der Prioritätenliste insgesamt)
  
- Überarbeitung des IM-Erlasses steht an

# Ausblick

- „drohende Überschuldung“ wird mittelfristig abgewendet
- Genehmigungsfähigkeit des Haushalts wird nicht erreicht
- Prioritätenliste 2011 ermöglicht wichtige investive Maßnahmen
- Haushaltsausgleich bleibt zwingende gesetzliche Aufgabe, deshalb Verpflichtung zur Umsetzung des HSK
- Eine „wirkungsorientierte Haushaltssteuerung“ kann die notwendige Konsolidierung wesentlich unterstützen

Herzlichen Dank  
für Ihre Aufmerksamkeit!